

Die ungarischen Waldarbeiter der Karpaten – Fremdarbeitereinsatz in den Landkreisen Donaueschingen und Villingen 1942 bis 1943

Von Joachim Sturm

Wären das im Walde bei Hammereisenbach stehen gelassene Schlittenhaus und ein im karpatischen Stil verziertes Waldarbeiterhaus nicht gewesen, wäre man nicht auf jene Volks- und Berufsgruppe gestoßen, die in der regionalen Geschichte zum Zweiten Weltkrieg bis heute keine Erwähnung gefunden hat und über deren Schicksal nur wenig in Erfahrung zu bringen ist. Die Rede ist von den ungarischen Waldarbeitern, besser gesagt den ethnischen Ungarn aus den Karpaten des heutigen Rumänien, welche Ende 1942 und nochmals 1943 angeworben wurden und im badischen Schwarzwald vorwiegend auf dem Gebiet des heutigen Schwarzwald-Baar-Kreises zum Einsatz kamen.

Das seit 1920 von Admiral und Großverweser Horthy regierte Ungarn ist zu den mit dem Deutschen Reich verbündeten, offiziell autonomen Staaten Südosteuropas zu zählen. Ein gewaltsames Vorgehen zur Rekrutierung schloss sich daher in Ungarn wie im Übrigen auch den anderen südosteuropäischen Staaten Kroatien, Slowakei, Bulgarien und Rumänien aus. Die Rekrutierung von Arbeitskräften geschah hier teilweise bereits vor Kriegsbeginn mittels einer Serie von mit Nachdruck eingeworbenen bilateralen Abkommen, die unter anderem auch Fragen des Devisenrechts und der Sozialversicherung regelten. Konkret zuständig für die Anwerbung, die Vertragsgestaltung und Abwicklung des Transports bis zur deutschen Grenze wurde das ungarische Ackerbauministerium wie das ungarische Landesamt für landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung.

Im Gegensatz zu der Anwerbung von Industriearbeitern aus den Städten war die Rekrutierung von land- und forstwirtschaftlichen Kräften wegen der abseitigen geographischen Lage der Dörfer wie der Verstreuung der Wohnplätze mit einem sehr viel höheren Aufwand verbunden. Die mit überzogenen Versprechungen garnierte Anwerbung fand häufig sonntags beim Kirchgang statt, wo die Leute zusammenströmten. Wer anbiss, unterschrieb einen Einheitsvertrag und hatte sich, wie im Falle der in den heutigen Schwarzwald-Baar-Kreis Gekommenen, zu einem bestimmten Termin beim Abgangsbahnhof Szatmar einzufinden.¹

Den Arbeitern wurde wohl bereits vor der Ankunft und noch in Ungarn der Arbeitsvertrag in ungarischer Sprache vorgelesen. Allerdings blieb der Erfolg der Anwerbung insgesamt gering. Es gelang für die Holzhauerei im Schwarzwald nur in den allerärmsten Dörfern und in einer eng begrenzten Region eine Gruppe von rund 120 Personen anzuwerben. Da man auch offensichtlich Kranke, mit Gebrechen behaftete und Ältere mit Arbeitsverträgen versah, scheint dies ein Versuch, die von Deutschland geforderte Anzahl an Personen unbesehen der realen

Ungarischen Waldarbeiter

Arbeitsfähigkeit zu stellen. Der Namens- und Herkunftsaufstellung nach meldeten sich geschlossene Dorfschaften oder alle männlichen Mitglieder einer Familie bzw. Verwandtengruppen.

Bis zum Ende des Krieges 1945 blieb die Zahl der ungarischen Zivilarbeiter gegenüber der anderer Nationalitäten gering. Insgesamt mögen 40.000 bis 50.000 Personen im Reichsgebiet gearbeitet haben. Die Zahl von 35.000 im Reichsgebiet tätigen Ungarn im September 1941 wurde nie wieder erreicht. Danach waren nur 25.000 bis 30.000 Arbeiter gleichzeitig anwesend.²

1939 befanden sich erst 12.000 Ungarn auf Arbeitsstellen im Reich, hauptsächlich in der Landwirtschaft. Einzelne ungarische Landarbeiter können zu dieser Zeit auf dem Gebiet des heutigen Schwarzwald-Baar-Kreises beispielsweise in Riedöschingen nachgewiesen werden. Dem Namen und der Herkunft nach müsste es sich allerdings um Donauschwaben gehandelt haben.³ Holzhauer für die staatliche, städtische oder private Forstwirtschaft waren dabei allem Anschein nach noch nicht darunter. Sie wurden erst später in Gebieten angeworben, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht in ungarischer Hand waren. Diese kamen nämlich aus bis nach dem Ersten Weltkrieg ungarischen Gebieten, die Rumänien zugesprochen und erst 1940/41 nach der Annektierung wieder dem ungarischen Staat angegliedert wurden.

Erst jetzt hatte die ungarische Regierung wieder Teile des rumänischen Siebenbürgen mit der Karpatenregion in Händen, aus der die Waldarbeiter stammen, die in den Wäldern um Furtwangen, Triberg oder Vöhrenbach eingesetzt



Ungarische Waldarbeiter in Unterkirnach (vor dem Neuhäusle?).
Aufnahme vom 13.5.1942, StaVS, 2.14, Nr. 871.

wurden. Darauf wies auch die Forstabteilung des badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums noch einmal besonders hin, da die Verständigungssprache nicht Ungarisch war und etwaige Volksdeutsche (Ungarndeutsche) als Mittler nicht eingesetzt werden konnten: „Die Arbeiter sind ungarische Staatsangehörige rumänischen Volkstums, die nahezu ausschließlich nur Rumänisch sprechen.“⁴

Dies darf jedoch anhand der vorliegenden Namenslisten und Herkunftsorte bezweifelt werden. Es handelte sich wohl überwiegend um nach der Besetzung wieder ungarisch gewordene Staatsangehörige auch ungarischen Volkstums, die fast alle bereits noch im einstigen Ungarn geboren wurden. Wozu auch hätte man die Arbeitsverträge in Ungarisch ohne rumänische Übersetzung ausgefertigt, wenn diese der ungarischen Sprache nicht mächtig gewesen waren. Sicher ist auch, dass wohl unter den Arbeitern die rumänische Sprache im Gebrauch war, nachdem diese bereits seit 1924 vom rumänischen Staat zu diesem Gebrauch mehr oder minder freiwillig angehalten worden waren.

Allerdings bestand selbst bei den lokalen Behörden und erst recht der Bevölkerung eine Unsicherheit bezüglich der staatlichen und ethnischen Zugehörigkeit. Während die Stadt Triberg sie unbesehen für „Russen“ hielt, sprach das staatliche Forstamt von einem angekommenen Transport von „Ukrainern“. So hatte sie – und sich – der mitfahrende Holzhauer und als Dolmetscher fungierende Martin Zenn titulierte. Vielleicht wäre dies ein Hinweis darauf, dass sich in der Gruppe auch Angehörige des russinischen Bergvolkes der Huzulen, eines ostslawischen Stammes, befanden, die ebenfalls im Rekrutierungsgebiet siedelten. Aus den erhaltenen Namenslisten lässt sich dies jedoch nicht erkennen.⁵ Für die Vöhrenbacher Einwohner gar galten sie als „Rumänen“.⁶

Die Anwerbung der Ungarn war wie in der Industrie oder Landwirtschaft eine Folge des zunehmenden Arbeitskräftebedarfs und des Ersatzes von einberufenen Männern nach Kriegsbeginn. Bereits Ende Juli 1940 kam das Landeswirtschaftsamt auf einen Bedarf an 6.543 Helfern auf dem Land.⁷ Und zum Jahresbeginn 1942 schließlich erhob sich der angemeldete Bedarf in der Forstwirtschaft der Wehrwirtschaftsbezirke V, XII und XIII (Bezirke Stuttgart, Wiesbaden, Nürnberg) allein auf 3.500 ungarische Holzhauer. Bewilligt wurden für Baden schließlich aber nur 1.000 Personen. Die Forstabteilung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums in Karlsruhe wurde darüber informiert, dass man deren Einsatz auf den Schwarzwald beschränke.⁸ Die eigentliche Zuweisung geschah über das bis zum Ende des Arbeitseinsatzes 1943 noch zuständige Landesarbeitsamt in Stuttgart, welches nach zahlenmäßiger Anforderung durch die Waldbesitzer entsprechend Kontingente versprach. Allerdings waren diesen nur für den Schwarzwald Bestimmten eine Gruppe von Waldarbeitern vorausgegangen, die teilweise im Bereich der Fürstlich-Fürstenbergischen Wälder und im Ebinger Stadtwald auf der Schwäbischen Alb in den Sommermonaten Holz schlugen und dann heimfuhren.⁹ Der Einsatz von zehn Ungarn zur Kartoffelernte im Bereich des Fürstlich-Fürstenbergischen Forstamtes Heiligenberg scheint ebenfalls besonderen Umständen geschuldet zu sein und lässt sich in keinem anderen Forstbezirk nachweisen.¹⁰

Ankunft, Einsatzorte, Verbleib

Ansprüche angemeldet hatten im heutigen Landkreis die staatlichen Forstämter Furtwangen, Triberg und Villingen, die städtischen Forstämter oder Stadtverwaltungen St. Georgen, Triberg und Villingen wie die F.F. Verwaltung Donaueschingen für die Hauptforstverwaltung und die F. F. Forstämter Bachzimmern (Bereich Blumberg) und Hammereisenbach.¹¹ Über die geographische Herkunft der Ungarn bestand Anfang Juni 1942 zwar bei den staatlichen und kommunalen Stellen einigermaßen Klarheit, jedoch nicht bei den privaten Arbeitgebern. So informierte das württembergische Wirtschaftsministerium kurze Zeit später auch die badischen privaten Waldbesitzer über 500 ha, dass ungarische Waldarbeiter in „Siebenbürgen und der Karpato-Ukraine“¹² angeworben werden sollten.

Die gesamte Stadt St. Georgen wie das benachbarte Hornberg allerdings gingen trotz angeforderter Holzhauer leer aus, da es zunächst nur gelang, ein Drittel der benötigten Personen dort zur Reise zu bewegen. Aufgrund der reduzierten geworbenen Personenzahl musste der Verteilungsschlüssel neu diskutiert werden, wobei sich am Ende (August 1942) folgende Einsatzzahlen ergaben:

Triberg Stadt:	10
Triberg Staatliches Forstamt:	5
Villingen Stadt:	20
Villingen Staatliches Forstamt:	15

Von Letzterem wurden die Holzhauer in der Stadt Bad Dürkheim wie den Gemeinden Niedereschach und Hochemmingen verwendet:

Hammereisenbach: F. F. Forstamt: . . .	5
Fürstenberg: F. F. Forst:	10
Bräunlingen: Staatliches Forstamt: . .	10
Furtwangen: Staatliches Forstamt: . .	60

Letztere wurden, soweit nicht selbst benötigt, zeitweilig an die Städte Furtwangen und Vöhrenbach wie die Gemeinden Langenbach, Neukirch, Rohrbach, Schönenbach¹³, Schollach und Urach oder die Betriebsstätte der Firma Peter-Uhren in Langenbach ausgeliehen.

Ein Einsatz einzelner Holzhauer auf dem Wege der Ausleihe von Forstämtern an größere Waldbauern wie z.B. auf dem Schwebeldobelhof¹⁴ oder die Pfarrwäldungen in Neukirch, die für die Aufnahme von Ungarn eigentlich nicht vorgesehen waren, könnte u.a. mit Holzbedarf für die Rüstungsindustrie oder Verteidigungsanlagen zu erklären sein.

Für den Stadtwald in Triberg und das dortige staatliche Forstamt waren ursprünglich nur zehn Mann eingeplant gewesen. Bereits vor dem 15. Juli hatte man sich jedoch aus unbekanntem Gründen auf eine weitere Verstärkung um fünf Holzhauer mit Ministerium und Arbeitsamt geeinigt.

Weitere Umgruppierungen, insbesondere innerhalb der F.F. Forstadministration sind nicht auszuschließen. Nach Ankunft des ersten Transportes arbeiteten anstatt der vorgesehenen fünf am 5. August 1942 bereits zehn Mann in den F. F. Wäldern bei Hammereisenbach.¹⁵

Ungarn hatte für den ersten großen Transport nach dem Schwarzwald Sonderzüge vorgesehen. Ein erster Zug sollte am 29. Juli, ein weiterer am 1. oder

4. August auf die Reise geschickt werden. Auf dem ersten Ankunftsbahnhof Ulm war bis zur Weiterreise ein zweitägiger Aufenthalt in einem Durchgangslager geplant. Schließlich fuhr jedoch der erste Sonderzug erst am 1. August und auch nur bis Wien. Dort stieg man am 3. August in einen weiteren Sonderzug um, der erst am 4. August nach Ulm und von da aus bis 5. August über die Haltebahnhöfe Sigmaringen, Donaueschingen, Villingen, Triberg und Offenburg bis zur Endstation Freiburg gelangen sollte. Doch auch hier muss es erneut zu Verzögerungen auf der Strecke, wahrscheinlich in Villingen, gekommen sein, denn die Stadt Triberg erkundigte sich noch am 7. August über den Verbleib der „russischen Waldarbeiter“. Allerdings mussten die nach Hammereisenbach Geschickten von Villingen aus bis zu ihrem Abholbahnhof Marbach reisen, die für den Villingener Stadtwald Vorgesehenen hatten weiter zum Kirnacher Bahnhöfle zu fahren. Die für den F.F. Forst, Bräunlingen oder Furtwangen Bestimmten fanden sich endlich am Donaueschinger Bahnhof zur Abholung wieder.¹⁶

Erst mit dem letzten großen Transportzug, der schließlich am 2. September 1942 spätnachmittags kurz vor 17 Uhr in Triberg einlief, war die volle vereinbarte Zahl erreicht, so dass nun eine endgültige Verteilung wie vorgesehen vorgenommen werden konnte. In Triberg warteten bereits die staatlichen Forstwardte Jäkle und Reiner wie Revierförster Wunsch und führten die Angekommenen, sobald die vollzählige Ankunft dem mitfahrenden Dolmetscher Martin Zenn bestätigt worden war, in ihr erstes Quartier.

Am Ende waren zunächst 91 Holzhauer in den heutigen Landkreis gelangt.

Schon am 9. Oktober hatte das Wirtschaftsministerium beschlossen, einen Teil der Ungarn bei Eintreten kühler Witterung in die Waldungen der Rheinebene und der Vorbergzone umzusetzen. Nachdem das Landesarbeitsamt jedoch einen Rücktransport nach Ungarn ab Mitte November vorsah, ließ man den Gedanken fallen.

Schließlich ging der erste große Arbeitseinsatz ungarischer Holzhauer am 26.11.1942 zu Ende.¹⁷ An diesem Tage fuhr der größte Teil von ihnen zurück in die Karpatenheimat. Erneut waren zwei Sonderzüge vorgesehen, die von den Ungarn zu benutzen waren.¹⁸

Drei Personen allerdings waren aus unbekanntem Gründen (Krankheit oder Unfall?) bereits vorab zurückgekehrt.

Eine weitere Gruppe von etwa zehn Ungarn aus dem Bereich Hammereisenbach und Vöhrenbach scheint nachweislich bis 1943 am Platz geblieben zu sein.¹⁹ Sie wurden nun bis März 1943 durch acht ukrainische Zwangsarbeiter aus dem Lager „Kalte Herberge“ des Staatlichen Forstamtes Furtwangen verstärkt, die man dort wegen des rauen Winterwetters nicht mehr im Wald einsetzen konnte.²⁰

Den Heimkehrenden war für vier Tage Verpflegung mitzugeben. Zuvor hatten die Arbeitgeber wie auch schon bei der Anfahrt Fahrkartenantrag und das Fahrgeld an das Arbeitsamt Villingen oder die Außenstelle Donaueschingen zu überweisen, die es an das als zentrale Sammelstelle fungierende Arbeitsamt Rottweil weiterzuleiten hatten. Nach Passieren der Grenzstationen Hegyeshalom und Losonc (heute Lucenec, Slowakei) trafen die Züge dann wieder an ihrem Ausgangsbahnhof in Szatmár am Fuße der Karpaten ein.

Nachdem auf Reichsebene der Bevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel bereits Anfang Dezember 1942 mit dem ungarischen Ackerbauministerium die Möglichkeit einer erneuten Anforderung von Holzhauern vereinbart hatte, meldeten sich trotz der gemachten „schlechten Erfahrungen“²¹ sofort wieder die ersten vorherigen Arbeitgeber. Die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften im Forstbereich, der wie andere Wirtschaftszweige unter den Einberufungen litt und der durch Schneebruch und Borkenkäferbefall erzeugte Druck zur Holzaufbereitung ließ ursprüngliche Bedenken in den Hintergrund treten. Die Forstämter wurden aufgefordert, ihnen als gute Arbeiter aufgefallene Ungarn namentlich erneut anzufordern und zudem eine allgemeine Einschätzung zu liefern, aus welchen Gemeinden und Komitaten die besten Kräfte gekommen waren. Dies vor allem, um bei der zweiten Anwerbungsphase gezielter vorgehen zu können. So reichte beispielsweise das Forstamt Triberg dem Arbeitsamt erneut eine Anforderungsliste über 20 Personen ein, die die Namen der zuvor dort eingesetzten Holzhauer enthielt und auch die F.F. Forstadministration erbat unter dem Druck mangelnden Personals erneut 25 Personen.²²

Die Hoffnung, bereits Mitte April 1943 die Holzhauer eintreffen zu sehen, verlief rasch.²³ Anwerbung und Einsatz in der zweiten Einstellungsphase scheinen seit Anbeginn an ebenfalls von Schwierigkeiten begleitet gewesen zu sein. Die im Erlass des Präsidenten des Landesarbeitsamtes vom 22.4.1943 enthaltene Zusage des Einsatzes angeforderter ungarischer Kräfte konnte daher nicht eingehalten werden. Selbst als Ende April die Wirtschaftsabteilung des Finanzministeriums in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt Offenburg von allen potentiellen Arbeitgebern namentliche Listen auf offiziellen Vordrucken in deutscher und ungarischer Sprache einforderte, um diese den ungarischen Behörden zur schnelleren Abwicklung zuzuleiten, half dies wenig. Die ursprünglich vereinbarte Kontingenzstärke wurde auch annähernd nicht erreicht und die Holzhauer trafen zudem mit unterschiedlichen Transporten zeitlich gestaffelt oder gar nicht ein. So kamen u.a. die dem Forstamt Villingen zugewiesenen und weiter zu vermittelnden zwei Waldarbeiter nach Buchenberg nie an und die einbehaltene Vermittlungsgebühr musste rückerstattet werden.²⁴

Allerdings scheint die im Bereich Blumberg des F.F. Forstamtes Bachzimmern am 26. März 1943 vom Forstbericht erwähnte 17-köpfige Gruppe aus Holzhauern zu bestehen, die sich vielleicht nach einem kürzeren Heimataufenthalt für einen weiteren Einsatz entschieden hatten. Wahrscheinlich kamen sie in der noch sechs Tage zuvor leer stehenden Kriegsgefangenenbaracke für 20 Mann beim Steppacher Hof (Blumberg-Zollhaus) unter, die schon beim ersten Ungarneinsatz ab 1. Oktober 1942 jenen 16 Waldarbeitern aus Felsörona zur Unterkunft diente, die wohl nun erneut anreisten.²⁵

Zugleich verfuhr die ungarischen Behörden ohne Rücksicht auf die eingereichten Listen und stellten die Transporte nach eigenem Gutdünken zusammen. Erst am 10. Juni standen gerade noch einmal 46 Mann aus Ungarn kommend im Ulmer Bahnhof, wovon 38 für den staatlichen Forstamtsbezirk Furtwangen und acht für den Villinger Stadtwald bestimmt waren. Noch am Vorabend unterrichtete

das Wirtschaftsministerium das Triberger Forstamt telefonisch darüber, dass von den angeforderten 169 Personen gerade einmal 42 (sic!) auf dem Weg seien und der Forst daher keine erhalten könne. Bis Anfang Juli fanden dann allerdings bei einem weiteren Transport – oder durch Umverteilung? – neun bereits 1942 erstmals gekommene Holzhauer den Weg in den staatlichen wie städtischen Triberger Wald.

Kurz darauf kamen weitere, für Triberg bestimmte zehn Holzhauer am Bahnhof in St. Georgen an. Noch einmal acht fuhren bis Donaueschingen, da sie nach Furtwangen sollten.²⁶ Nur die F.F. Forstverwaltung ging diesmal leer aus, da – so die Wirtschaftsabteilung des Finanzministeriums – trotz der angeforderten 118 Personen bei [diesem J.S.] Transport nur 37 eingetroffen seien.²⁷ Am 28. September schließlich vollzog das Arbeitsamt Villingen innerhalb des Einsatzgebietes noch einmal eine Umverteilung.²⁸

Es dürfte wohl mehrere Gründe dafür geben, dass von der angeforderten Gesamtzahl am Ende nur etwa 30 bis 50 Prozent je Transport in den Wäldern des heutigen Schwarzwald-Baar-Kreises die schwere Arbeit aufnahmen. Neben einer hinhaltenden Taktik des ungarischen Ackerbauministeriums aufgrund eines ersten Tiefpunktes in den deutsch-ungarischen Beziehungen²⁹ ab April 1943 kann auch eine durch schlechte Erfahrungen gemachte noch größere Verweigerungshaltung in den karpatischen Anwerbungsgebieten vermutet werden. Am Ende waren alle 1943 Gekommenen je nach Einsatzort an denselben Bahnhöfen ausgestiegen und abgeholt worden und wie bereits 1942 zuvor vom Abgangsbahnhof aus fünf Tage unterwegs gewesen.³⁰

Auch die eigentlich bis 31.12.1943 vorgesehene Anstellung fand witterungsbedingt wie bereits 1942 ein früheres Ende. Gleich den in Triberg noch beschäftigten neun Holzhauern machten sich auch die übrigen bereits am 7. Dezember auf den Weg, wobei die Triberger Gruppe bereits Ende November ihre Arbeit beendet hatte. Nach einer Übernachtung für alle am Sammelpunkt in Villingen ging es in aller Frühe weiter nach Ulm, wo sie planmäßig den kurz vor 14 Uhr abfahrenden Sonderzug nach Ungarn bestiegen.

Damit war das Kapitel Ungarneinsatz in der Schwarzwälder Holzhauerei endgültig abgeschlossen. Zu weiteren Einsätzen, auch aufgrund einzelvertraglicher Regelungen, kam es nicht mehr. Von nun an griff man in verstärktem Maße auf Polen und Ostarbeiter (Ukrainer) zurück, insbesondere auch russische Kriegsgefangene und Bulgaren in geringer Anzahl.³¹

Arbeits- und Lebensbedingungen: Essen, Verpflegung, Kleidung, Ausrüstung

Allen am Arbeitseinsatz beteiligten Dienststellen war bewusst, dass die Ankommenden andere Nahrungsmittel und andere Speisenzubereitung gewöhnt waren. So war bei der ersten Vertragsgestaltung auch die Anstellung einer (im Heimatland zu engagierenden) ungarischen Köchin je Holzhauerrotte von zehn Personen vorgesehen, die bei einer zehnstündigen Tagesarbeitszeit einen Lohn von 40 bis 45 Rpf. pro Tag erhalten sollte. In keinem der ankommenden Transporte konnte jedoch eine solche Person nachgewiesen werden, ohne dass dabei Gründe ersichtlich würden.

Die Ungarn erhielten schließlich Lebensmittelkarten zum Bezug lokaler Grundnahrungsmittel und mussten teilweise die Essenszubereitung selbst organisieren. Die Zuteilung fremder, ungewohnter Grundnahrungsmittel bereitete allerdings einige Schwierigkeiten, da sie damit zunächst nichts anzufangen wussten. Dies erwies sich insofern als kritisch, da bei den meisten Ankommenden eine Unterernährung festzustellen war.

Für die im Bereich des Triberger Stadtwaldes Beschäftigten und in der Stadt Triberg Untergebrachten fand sich eine provisorische Lösung. Sie erhielten ihr Essen vom 2. September an bis 4. Oktober 1942 in der Volksküche³² und auch die im Triberger staatlichen Forst Beschäftigten konnten anfangs 14 Tage dort voll gepflegt werden, wobei dem Arbeitgeber 2,20 RM pro Person für die Gesamtzeit in Rechnung gestellt wurden.

Für die im Nahbereich Vöhrenbach zu verpflegenden Arbeiter wurde durch das Staatliche Forstamt Furtwangen von dem Fabrikarbeiter Alois Herr in der Mühlgasse ein kleines Gebäude angemietet und zur Kantine umfunktioniert, welches aus einer Küche, einem Vorratsraum, einem Keller und einem Holzschuppen bestand.

Angesichts der geschilderten Anfangsschwierigkeiten geschah die Essenszubereitung überwiegend durch einheimische Personen, und nur dort, wo die Arbeiter sich weit entfernt im Wald aufhielten durch die Holzhauer selbst.

Für die im Bereich des Hammereisenbacher Waldes Tätigen wurde eine einheimische Köchin³³ verpflichtet, im Lager Fuchslochhof in Linach oder auf dem Schwebeldobelhof in Neukirch kochte die Bauersfrau, die Holzhauer des Lagers Vöhrenbach wurden wie erwähnt in den Räumen des Hauses Herr verpflegt,³⁴ das als Küche des Staatlichen Forstamtes geführt wurde. Hier kochte die Förstertochter, die auch die im Zähringerhäusle in Langenbach, dem Nebengebäude des ehemaligen abgebrannten Zähringerhofes untergebrachten, bei Peter-Uhren arbeitenden Ungarn verpflegte.³⁵

Ursprünglich hatte die deutsche Regierung wohl gehofft, zur angepassten Ernährung auf den in Südosteuropa angebauten Mais zurückgreifen zu können. Dies erwies sich als Fehleinschätzung, denn die vorhandenen Maisvorräte waren bereits im Juni 1942 aufgebraucht und eine Einfuhr war nicht mehr möglich.

Dies mag auch einer der Gründe sein, weshalb man kurz nach Ankunft der Holzhauer in Deutschland die Möglichkeit schuf, von zu Hause Lebensmittel- und Tabakpakete zu erhalten. Eingeräumt wurde den Arbeitern, sich gegen Vorauszahlung von 6.– RM ein „Einheitspaket“, mit je 1 kg Eiergrauen (tarhonya), 5 dkg roten Paprika und 100 Zigaretten aus Ungarn zusenden zu lassen.

Allerdings waren diese Pakete gegen Einsatzen am 19.11.42 noch immer nicht eingetroffen, obwohl man bereits 5 Wochen zuvor die geforderte Bezahlung abgesandt hatte.³⁶ Augenscheinlich ließen sich diese Verzögerungen aufgrund kriegsbedingter Transport- und Abwicklungsprobleme nicht abstellen. Noch zu Beginn des zweiten Einsatzes musste die ungarische Innen- und Aussenverkehrs AG Budapest am 15. Mai 1943 darauf hinweisen, dass mit einem Eintreffen der Pakete frühestens 38–42 Tage nach Bestellung gerechnet werden könne. Damit aber war faktisch eine Nahrungsergänzung durch vertraute Lebensmittel verbaut.

Vertraglich vorgesehen war das Mitbringen von Arbeitsgeräten und Zubehör zu Unterbringung und Essen. Dabei sollte jede Person eine Axt mitbringen, für je zwei Personen hätte eine Schrotsäge gestellt werden sollen, dazu Decken und Kochgeschirr. Die Eintreffenden glichen jedoch eher einer unterernährten Bettlerschar, denen die notwendigsten Ausrüstungs- und Kleidungsstücke fehlten. Augenscheinlich hatte man in einer Karpatenbevölkerung rekrutiert, die bereits in der Heimat großen Mangel litten und deren Motivation zur Vertragsunterzeichnung wohl die Hoffnung auf eine wenn auch noch so geringe Verbesserung der Lebens- und Einkommensumstände war. Allein die recht aufwändige Unterschlagung einer einzelnen Axt im staatlichen Triberger Forst und deren Überführung nach Prechtal, um sie einem heimkehrenden Ungarn mitzugeben deutet auf den hohen Wert, den ein solches Werkzeug in der Heimat besaß und damit zugleich auf dessen Mangel.

Untergebracht wurden die Waldarbeiter zunächst einmal in Gemeinschaftsunterkünften, die teilweise mit Kochgelegenheiten und entsprechendem Küchengeschirr ausgestattet wurden. Während die der Stadt Triberg Zugewiesenen sofort nach der Ankunft am 3. September 1942 Unterkunft im Burschenlokal (Schulstr.18) nahe der Volksküche fanden, geschah die Unterbringung im Bereich der F.F. Forstverwaltung durchweg in neu zu errichtenden oder bereits bestehenden Baracken. In Einzelfällen und vorübergehend auch bei Waldarbeitern, in arbeitsortnahen Landwirtschaften oder, wie im Arbeitsbereich Langenbach, in der dortigen Gastwirtschaft „Breghäusle“³⁷ sowie im „Zähringerhäusle“, dem Nebengebäude eines einstigen großen Hofes.³⁸ Wurden wie im Falle des Forstamtes Furtwangen einzelne Ungarn an Privatwaldbesitzer kurzfristig ausgeliehen, konnten sie während dieser Zeit auf den Höfen schlafen.³⁹ Möglicherweise gehört in jene Unterkunfts-kategorie auch der auf dem Bleichehof bei Blumberg untergebrachte einzelne Ungar.⁴⁰

Die der Stadt Vöhrenbach vom Forstamt Furtwangen überlassenen Holzhauer nächtigten im Wanderburschenherbergsheim (heute Villingen Straße 7). Ein weiterer Teil der Ungarn des F.F. Forstamtes Hammereisenbach kam zum Teil im Fuchslochhaus am Linachstaudamm unter.⁴¹

Um die Unterbringung im Bereich des Forstamtes Donaueschingen zu gewährleisten, ließ die fürstliche Verwaltung eine „zerlegbare Gefangenenbaracke“ bei der Zimmerei Fritschi in Hüfingen anfertigen, die beim Försterhaus in Waldhausen aufgestellt wurde. Hier handelte es sich um eine reichsweit nach Standardplänen des OKW mit vorgegebenem Rastermaß und Materialeinsatz zu fertigende normierte Baracke, wie sie auch im Reichsarbeitsdienst, dem Gesamtbereich der Kriegsgefangenen-Lager, sowie des repressiven Lagersystems – KZ, AEL, Gefangenenlager – verwendet wurde.⁴²

Schon kurz nach Jahresende 1942 allerdings und dem Aufbau der ersten Baracken machte die aufkommende Materialknappheit im Bausektor dem Barackenbau ein Ende. Die Abteilung „Rüstungsbau-Barackenaktion“ von Albert Speers Ministerium für Bewaffnung und Munition untersagte die künftige Bereitstellung von Baracken in der Forst- und Holzwirtschaft. Die Unterbringung sollte künftig in „Waldhütten, die aus örtlich vorhandenen Baustoffen (...) ohne Belastung der Bauholzkontingente hergestellt“ wurden, stattfinden.⁴³

Dieses Verbot gab wahrscheinlich den Anstoß zum Selbstbau jener Schutzhütten im Walddistrikt Schloßwald/Wintergrund oberhalb von Hammereisenbach, die wohl als die einzigen Zeugnisse traditioneller ungarischer Wohnweise in Westeuropa anzusehen sind. Sie können aufgrund der Umstände und herausgegebenen Befehle frühestens in der zweiten Einsatzphase, im Frühjahr/Sommer 1943 errichtet worden sein. Bei diesen Bauten im Stil der karpato-ungarischen Volkskunst handelt es sich um ein kleines „ungarisches Schlittenhaus“,⁴⁴ dem talabwärts ein größeres Waldarbeiterhaus ohne die aus Stämmen gefertigten runden Kufen, jedoch mit ornamentaler Gestaltung des Karpatenraumes zur Seite steht. Diese bis heute nur hier im Wald nachweisbaren Zeugnisse traditionellen, ungarisch-rumänischen Hausbaues sind zweifelsohne Beweise, dass unter den angekommenen Waldarbeitern durchaus Fachleute waren, was den von deutscher Seite erhobenen Vorwurf mangelnder Kenntnisse relativiert.

Das Hauptlager des Forstamtes Furtwangen war das Lager „Kalte Herberge“ mit einer Belegung von 30 Personen.⁴⁵ Hier mussten sich die Ungarn den Platz mit ukrainischen Zwangsarbeitern teilen, die spätestens seit Juli 1942 dort untergebracht waren.⁴⁶

Ein Teil der Ungarn gar scheint dort bis Ende März 1943 geblieben zu sein. Sie mussten noch einmal zusammenrücken, als ab 23. März weitere Ukrainer, davon 14 allein in das Lager Vöhrenbach kamen.⁴⁷

Ob anfangs auch Ungarn in dem im Auftrag der O.T. (Freiburg) errichteten Lager „Blaumeise“ aus mehreren Finnezelten auf einem Hang am Ausgang des Übertals bei Hammereisenbach untergebracht wurden, bleibt ungewiss. Dort zog im Oktober 1943 eine aus dem Kreis Salzwedel zusammengestellte sechsköpfige Gruppe aus Russen aus unbekanntem Gründen und mit unbekanntem Auftrag ein. Dass sie Holzarbeiten (im Winter!) zu verrichten hatten, erscheint eher ungewiss. Das Gleiche gilt für die kleine Gruppe Bulgaren, die ebenfalls aus dem Arbeitsamtsbezirk Salzwedel kamen und fast gleichzeitig die Ungarn des Forstbereichs Triberg ablösten.⁴⁸

Die Ausrüstung der Baracken mit Betten, Schränken oder Koch- und Essgeschirr erfolgte durch Geschäfte, die im jeweiligen Forstamtsbezirk lagen oder kurze und günstige Transportwege hatten. So erhielten die Unterkünfte im Bereich Hammereisenbach beispielsweise ihre Töpfe (10–15 Liter) vom Handelshaus Krebs in Hüfingen, weil der Ort wohl verkehrsgünstig an der Bregtalbahn lag.

Die im Allgemeinen von der Bevölkerung isolierte Unterbringung und Absonderung in teilweise abgelegenen, aber der Arbeitsstelle nahen Gemarkungsteilen spiegelt dennoch gut den Platz wider, welchen die nationalsozialistisch ausgerichtete Kommunal- und Forstbürokratie gedanklich den ungarischen Holzhauern zuwies. Auch sie war von der Rassendoktrin mit ihrer Abstufung von den nordischen über die romanischen bis hin zu den slawischen Völkern am unteren Ende der Wertskala durchdrungen. So ergab sich das Problem, verbündeten Staaten und deren Angehörigen wie den Ungarn einen Platz zwischen den deutschen Holzhauern und den eingesetzten Zwangsarbeitern oder russischen Kriegsgefangenen zu finden. Eine Gleichstellung stand außer Frage, weil gemäß der NS-Staatsideologie Ausländer

grundsätzlich nur zeitweise und allein aus Erwägungen der Nützlichkeit zu tolerieren waren. Unterbringung, Einkleidung und Ernährung lassen erkennen, dass man kaum einen Unterschied zwischen zeitgleich beschäftigten Ukrainern und Ungarn machte. So gesehen rangierten die Karpato-Ungarn im Schwarzwald und auf der Baar gleich den slawischen Ostvölkern hinter den westeuropäischen Arbeitern auf der nationalsozialistischen Rasseskala.

In Sachen Bekleidung mussten alle anstellenden Forstbetriebe die allergrößten Defizite feststellen. Nicht nur, dass viele der Eintreffenden keine witterungsangepassten Kleidungsstücke mit sich führten. Sie stiegen zudem in lumpenähnlicher Kleidung aus dem Zug, die rasch völlig unbrauchbar wurde. Ein anderer, im Villingener Wald eingesetzter Teil erschien in der traditionellen Bergtracht der Karpaten.

Bereits Ende Oktober 1942 hatten fünf beim Staatsforst in Triberg beschäftigte Ungarn ihre mitgebrachte Kleidung völlig aufgetragen. Bezugsscheine beim Bürgermeisteramt Triberg mussten schnell beantragt werden für Unterwäsche und einen blauen Arbeitsanzug als Mindestausrüstung.

Die in Nussbach beschäftigten, weitgehend in Lumpen gehenden fünf Ungarn mussten allerdings noch Ende November auf neue Kleidung warten, was die Arbeitsmoral von Tag zu Tag sinken ließ.⁴⁹ Die im Bereich Vöhrenbach und Langenbach eingesetzten Holzhauer hatten sich gar Überwürfe aus Säcken und Schuhsohlen aus alten Autoreifen zurechtgemacht.⁵⁰

Überhaupt kamen die allermeisten ohne verwendbares Schuhwerk, so dass ein Einsatz bei schlechter Witterung und in eher unwegsamem Gelände zunächst fast unmöglich war. Eine der ersten Sorgen galt daher, neben dem mangelhaften Ernährungs- und Gesundheitszustand, der Besorgung von Bezugsscheinen für Arbeitskleider und Schuhe.⁵¹

Die eigentliche Kleidungsbeschaffung war dabei Aufgabe des Landratsamtes. Dies entschied auch, dass die Arbeitskleidung den Ungarn gegen Pfand ausgeliehen und mit einer vom Lohn abzuziehenden Abnutzungsgebühr belegt werden sollte.

In der Art der Schuhbeschaffung zeigte sich deutlich auch jene nach „Rasse“ und Nationalität abgestufte Behandlung beim Arbeitseinsatz entsprechend dem gesamten Fremdarbeitereinsatz im Deutschen Reich. Einheimische Waldarbeiter sollten den Ungarn, die „zum Teil mit schlechtem Schuhwerk versehen sind“, ihre gebrauchten Schuhe verkaufen und dafür über Bezugsscheine neue erhalten. Wo dies nicht möglich war, hatten Arbeitgeber primitive „Holzweischnallenschuhe mit kombiniertem Oberteil“ der Firma Bogenschütz in Steinen (Wiesental) als in eigenem Besitz verbleibende Arbeitshilfen über den Landrat (Wirtschaftsamt) zu beschaffen. Damit wurde eine Schlechterstellung der Ungarn gegenüber den einheimischen Waldarbeitern deutlich, die, wenn auch mit einigen Schwierigkeiten und in reduzierter Zahl, sich ordentliche Arbeitsschuhe beschaffen konnten.

Erst als sich sogar in der vorgesehenen Weise Kapazitätsengpässe auftaten, musste das Finanzministerium, um den Holzeinschlag nicht zu gefährden, auch den Ungarn den Erwerb neuer Schuhe abhängig vom vorhandenen Kontingent auf eigene Rechnung gestatten.

Die geschilderten Zustände machen sichtbar, dass beide Seiten zu optimistisch von Rahmenbedingungen in der Gestaltung des Arbeitseinsatzes ausgegangen waren, die den gewohnten Lebensbedingungen und dem Mangel an Kleidung und Ausrüstung im Entsendeland keine Rechnung trug. Die daraus resultierenden Frustrationen sowohl auf Seiten der Holzhauer wie der Arbeitgeber schlugen sich in gestörtem Arbeitsfrieden und einer verminderten Leistung nieder, welche die bereits durch kriegsbedingte Einberufung von Holzhauern zurückgehende Waldwirtschaft weiter schwächte.

Arbeitsvertragliche Regelungen, Entlohnung

Mit der Verwaltung und Überweisung der Löhne wurde die Auslandsabteilung Ost der Deutschen Bank beauftragt. Wie für andere Länder und Abkommen besaß sie auch hier die entsprechenden Verbindungen zu den Ministerien wie eine detaillierte Kenntnis der devisenrechtlichen Bestimmungen und bestehenden Zahlungsabkommen.⁵²

Alle Lohnzahlungen, soweit die erlaubten direkten Überweisungsbeträge nach Ungarn nicht ausgeschöpft wurden, gingen auf deren Berliner Sammelkonto „Ungarische Landarbeiter“, ganz wie die in der Industrie beschäftigten Ungarn den Lohn auf dem Sammelkonto „Ungarische Industriearbeiter“ wiederfanden. Anwendung fand dabei ein für die Holzhauer ungünstiger Devisenumtauschsatz.

Allerdings fand die Abwicklung der Zahlungen so schleppend statt, dass man zunächst einmal politische Gründe bei diesen ja den Zahlungsbilanzausgleich berührenden Überweisungen vermuten kann. Noch fünf Wochen nach Arbeitsaufnahme war keine einzige Lohnzahlung im Heimatort angekommen.⁵³ Die Arbeitgeber hingegen waren bereits zu Beginn angewiesen worden, den Arbeitern nach Arbeitsaufnahme unverzüglich einen Lohnvorschuss von 60.– RM zu gewähren, der den Angehörigen überwiesen werden sollte, da diese „zu Hause in dürftigen Verhältnissen leben“.⁵⁴

Bei der Heimfahrt am Ende der ersten Beschäftigungsphase Ende November 1942 gestattete man neben der Mitnahme von 10.– RM in bar die Mitnahme eines Gutscheines von 15.– RM, der in den Sonderzügen von den Beauftragten der Deutschen Bank ausgegeben wurde und der an den Grenzstellen in Pengö getauscht werden konnte.⁵⁵

In Deutschland war für die Angeworbenen das Reichsarbeitsamt zuständig, welches ihnen sowohl Bankausweis und über die Reichsbahn Fahrausweise zum Einsatzort besorgte. Dann übernahmen die Gauarbeitsämter nach Zuweisung des entsprechenden Personenkontingents die Weiterleitung unterteilter Kontingente nach Anforderung an die regionalen Arbeitsämter, die wiederum die den Arbeitseinsatzstätten zuzuteilenden Anteil an Personen bestimmten. Nach Ankunft der Arbeiter waren die von den Arbeitgebern zu zahlenden Vermittlungsbeträge dem zentral zuständigen Arbeitsamt Rottweil zu überweisen, wohingegen alle anderen Verwaltungsschritte der Arbeitsverwaltung vom Arbeitsamt Villingen ausgeführt wurden.⁵⁶

Vertraglich vereinbart werden sollten 54 Wochenarbeitsstunden bei einem Wochenverdienst von 41.– RM. Zusätzlich waren vom Arbeitgeber 2,00 bis 2,50 RM für Unterbringung und Verpflegung aufzubringen. Er hatte zudem die Kosten für Hin- und Rückreise sowie für alle Gebühren und ärztlichen Untersuchungen zu erstatten. Die tägliche Arbeitszeit betrug neun Stunden von Montag bis Samstag,⁵⁷ im Forstamtsbezirk Furtwangen wohl auch deutlich darüber.⁵⁸

Um Leistungsanreize zu geben, entschloss man sich schließlich zur Bildung von Holzhauerrotten und deren Bezahlung in einem nach Stückzahlen zu berechnenden Akkordlohn, um eine kontinuierlich hohe Leistung zu erhalten.⁵⁹ Dabei ging man wie in der Rüstungsindustrie dazu über, gleich gute Kräfte in einer Rotte zusammenzufassen, um diesen einen angemessenen Verdienst zu garantieren. Zugleich sollten diese auch als Beispiel und „Ansporn zu höherer Leistung bei den übrigen Rotten“ dienen. Wie alle Arbeiter, waren die Ungarn kranken-, invaliden- und unfallversichert. Auch erhielten sie den Landarbeiterfreibetrag auf die Lohnsteuer.

Die gezahlten Hauerlöhne reichten natürlich bei weitem nicht, um auch während jener Tage leben zu können, an denen das schlechte Wetter keine Arbeiten im Wald zuließ. Ein Vorstoß der ungarischen Kommission Mitte Oktober 1942 auf Zahlung von Schlechtwettergeld wurde zurückgewiesen, den Forstämtern jedoch geraten, an solchen Tagen eine Beschäftigung anzubieten, deren Entlohnung den Baraufwand für Verpflegung decken könne.

Auf der Arbeitsstelle

Zu den defizitären Rahmenbedingungen zu Beginn des Arbeitseinsatzes kamen in den Augen der Arbeitgeber schlechte oder gar keine Kenntnisse und Fertigkeiten für die geforderte Tätigkeit des Holzhauens im hohen Schwarzwald, begleitet von einer wohl sich durch die Umstände herausbildenden Verweigerungs- und Vermeidenshaltung. Neben der bereits mangelnden oder fehlenden Ausrüstung fielen den Forstämtern vor allem die veralteten Arbeitsmethoden auf.⁶⁰

Allerdings muss die ungarische Regierung zur Erfüllung ihres Vertragsolls keine Auswahl im Hinblick auf die Geeignetheit getroffen haben. Bereits wenige Tage nach Eintreffen der zur Holzhauerei Bestimmten wurden einige Personen zurückgeschickt, die sich für die harte, gefährliche und ein Minimum an Kenntnissen erfordernde Arbeit als völlig ungeeignet erwiesen hatten. 14 Tage nach Arbeitsaufnahme schieden zwei weitere aus der Gruppe des Triberger Stadtwaldes wegen Krankheit aus und mussten auf den Heimweg gebracht werden.

Man muss unter diesen Umständen von einer gewissen Arbeitssorgfalt und einer entsprechend guten Überwachung durch das Forstpersonal ausgehen, denn unter dem ersten Kontingent 1942 war nur ein größerer Unglücksfall – mit Entlassung in die Heimat – aufgetreten.⁶¹

Der durch die Arbeitsbedingungen hervorgerufene Druck, verstärkt durch ungewohnte Lebensumstände und die weite Entfernung von der Heimat, ließ Unzufriedenheit aufkommen und führte teilweise zu als Streik verstandenem Starrsinn und Formen der Verweigerung. Der Unmut drang schließlich bis zu ungarischen Regierungskreisen durch und bereits Anfang Oktober 1942 bereiste daher ein

Vertreter der ungarischen Gesandtschaft die eingesetzten Gruppen, um Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Am 5. Oktober 1942 begab er sich zur Besprechung ins Forstamt Triberg und tags darauf ins Forstamt Furtwangen, wo auch der rumänisch sprechende Tierarzt der Stadt, wohl Dr. Walter Gündisch, "hinzugezogen wurde."⁶²

Insgesamt kann nach der aufgrund fehlender Kenntnisse zuweilen recht schwierigen Einarbeitung von unterschiedlicher Stimmung und Zufriedenheit der Ungarn gesprochen werden. Während in manchen Rotten Arbeitsleistung und Arbeitszufriedenheit soweit stiegen, dass die dort Tätigen geschlossen eine Rückkehr im Frühjahr 1943 wollten, war in anderen Arbeitsgruppen von Widerständigkeit und Verweigerungshaltung die Rede. Dabei war, wie das Forstpersonal feststellte, der Unterschied dorfwise festzumachen. Die Ursachen hierfür mögen vielschichtig sein, abhängig von den Umständen der Rekrutierung, den mitgebrachten Kenntnissen und Erwartungshaltung wie der Beeinflussung einzelner Dorfschaften durch Meinungsführer. So galten die aus den Dörfern Avaslekence (heute: rumänisch Lechinta/Maramures) und Kanyahaza Stammenden gegenüber den anderen Dorfschaften zum Schluss als besonders fähig und am Wiederkommen interessiert.

Während das F.F. Forstamt Hammereisenbach den im Sommer 1942 Beschäftigten noch lobend Fleiß und Arbeitswillen bescheinigte⁶³, fiel die von der Arbeitsverwaltung am Ende der ersten Einsatzperiode Ende 1942 erbetene erste Einschätzung weitgehend negativ aus. Revierförster Wunsch vom Forstrevier Triberg beklagte durchweg die mangelnde fachliche Qualifizierung sowie den Eigensinn und die geringe Arbeitsleistung der von ihm Betreuten.

Und auch die der F.F. Forstverwaltung zugewiesenen Personen entsprachen nicht den Vorstellungen, die man sich von geübten Holzhauern machte. 30 Prozent der dort Arbeitenden, so das Fazit, waren für die Waldarbeit völlig ungeeignet. Es befanden sich unter den Arbeitern für die Arbeit zu schwache Personen, darunter ein Holzhauer mit verkrüppelter Hand, ein 67 Jahre alter unterernährter Greis, Tuberkulosekranke und ein Zwerg von nur 1,55 Meter Körpergröße.⁶⁴

Überwachung und Repression: Gestapo, Arbeitsamt, Arbeitgeber

Die Überwachung und Sanktionierung der ungarischen Waldarbeiter unterschied sich prinzipiell nicht von derjenigen der anderen Fremdarbeiter und in Arbeit übergeführten Kriegsgefangenen.

Bereits 1939 hatte die Gestapo-Leitstelle Karlsruhe die Arbeitsämter angewiesen, bei einem größeren Einsatz ausländischer Arbeiter die Leitstelle zu benachrichtigen. Gleichzeitig erhielten die Gestapo-Außenstellen wie Villingen (später Singen) den Auftrag, ihrerseits den Einsatz zu melden, um eine lückenlose Überwachung und Erfassung zu erreichen.⁶⁵ Seit 1941 hatte die Gestapo dann auch die Federführung bei der Überwachung übernommen. Strafverfahren vor ordentlichen Gerichten sollten nur ausnahmsweise eingeleitet werden, bestraft wurde mit dem eigenen Instrumentarium: Schutzhaft (KZ), Arbeitserziehungslager (AEL), wobei man auf die Unterstützung von Arbeitsamt, Partei- und Polizeidienststellen, vor allem auch auf den innerbetrieblichen Werkschutz zurückgriff.

Generell scheinen die Ungarn von Anfang an der strengen Disziplinierung von Fremdarbeitern unterlegen zu haben. So missfiel der Forstbehörde der etwas leichte Umgang der Schwefeldobelbäuerin in Neukirch mit den Ungarn. Diese sollten nun an den Landwirt und Waldbauern Wehrle gehen, denn, „wenn Wehrle Fremde [d.i. Ostarbeiter J.S.] gehabt hat (...) kann er auch die Ungarn etwas besser erziehen.“⁶⁶

Die Umgangspraxis wurde, wohl nach ersten streikähnlichen Widersetzlichkeiten in Württemberg, bereits Ende September 1942 für die in Baden angestellten Waldarbeiter präzisiert. Bei Nichteinhaltung der vertraglichen Verpflichtungen seien die Arbeiter wegen Sabotage der Kriegswirtschaft im Benehmen mit dem Arbeitsamt der Gestapo zu übergeben, die auch die Aburteilung vornehme. „Unverbesserliche Rädelsführer“ seien nach Ungarn abzuschieben.⁶⁷ Das Forstamt Furtwangen instruierte noch einmal besonders Förster Wilhelm Rombach im Hexenloch, er habe „Krankheit, Drückebergerei oder besonders das Verhetzen anderer“ umgehend zu melden.⁶⁸

Dazu kam es dann unter den verschärften Kriegsbedingungen und dem steigenden Druck im Forstrevier Nussbach in der letzten Anstellungsphase 1943.

Der Fall Rostas

So bat am 30. August 1943 Forstwart Jäkle aus Nussbach das vorgesetzte Forstamt Triberg, die Überstellung des 38jährigen Andreas Rostas aus Terep (Siebenbürgen) an die Gestapo zu veranlassen, weil dieser seine Arbeitskollegen zum Widerstand gegen die Arbeitsbedingungen angestachelt habe und zudem mehrere offensichtlich ungerechtfertigte Krankmeldungen abgegeben habe.

Auslöser für dieses Verhalten, so lässt sich im Nachhinein feststellen, war die außergewöhnlich schwierige Familiensituation bei Rostas zu Hause. Am späten Nachmittag des 19. August 1943 hatte er ein irrtümlich zunächst an die vorübergehende Einsatzstelle Rohrbach gesandtes Telegramm seiner Frau erhalten, wonach diese um sofortige Heimkehr bat, da sie krank sei und die Kinder Hunger litten. Ein sofortiges Verlassen der Arbeitsstelle und Heimkehr muss hier ein erstes Mal abgelehnt worden sein. Die wohl in seiner Verzweiflung gegenüber den anderen Holzhauern gemachten Äußerungen riefen Unmut über die unmenschliche Behandlung hervor, was als Widerstand angesehen wurde. Rostas meldete sich dann auch wohl mehrfach krank, um bei Vorsprachen doch noch eine rasche Rückfahrt zu erreichen. Vergebens. Auch ein von ihm oder dem Forstamt angefordertes ärztliches Attest über den Zustand seiner Frau, welche Anfang September eintraf, half nur insofern, als es die Forstverwaltung dazu bewog, erst einmal abzuwarten. Ende September schließlich verständigte man das Arbeitsamt vom längeren Fernbleiben Rostas durch Krankheit (und nicht wegen Widerstands) und mit der Bitte um Heimschaffung ohne die Gefahr einer Intervention durch die Gestapo herauf zu beschwören. Dies allerdings teilte dem Forstamt am 8. Oktober telefonisch mit, dass eine Einzelrückführung „kaum in Frage kommen dürfte“. Der Bürgermeister von Bujanhaza solle sich vorübergehend um die Familie kümmern. Dies scheint geschehen zu sein und Rostas verließ erst zusammen mit seinen Arbeitsgefährten am 7. Dezember Deutschland.⁶⁹

Ohne die umsichtige Haltung des Forstamtes Triberg, welches die Notlage von Rostas und dessen sich daraus ergebende Haltung richtig einzuschätzen wusste, wäre es ganz wie in der regionalen Rüstungsindustrie wohl zu seiner sofortigen Verbringung in ein AEL gekommen. In Triberg wusste man sowohl der von Forstwart Jäkle geforderten Meldung an die Gestapo gemäß Direktive wie auch einer Sanktionierung durch das Arbeitsamt in Zusammenarbeit mit diesem geschickt zu begegnen. So konnte der gesamte Arbeitseinsatz der ungarischen Holzhauer 1942 und 1943 ohne eine einzige nachweisbare Unrechtsmaßnahme ihr Ende finden.

Die ungarischen Holzhauer – eine besondere Kategorie von Zwangsarbeitern?

Es stellt sich am Ende die Frage, wie der Arbeitseinsatz der ungarischen Holzhauer aus den Karpaten und Siebenbürgen im Rahmen der Arbeitsgestaltung in der Kriegswirtschaft der Jahre 1942 bis 1943 einzuschätzen ist. Sicher ist, dass die Ungarn durch eine Reihe von im Folgenden zu erörternden Arbeitsbedingungen deutschen Arbeitnehmern nicht gleichzustellen sind, ohne dass sie dabei jedoch vollständig als Zwangsarbeiter angesehen werden könnten.

Was die Vertragsgestaltung in der Einsatzregion betraf, so lassen sich gegenüber reichsdeutschen Arbeitnehmern zunächst keine Unterschiede ausmachen. Daran änderte auch das Verbot zum eigenmächtigen Wechsel des Arbeitsplatzes nichts, da die im September 1939 erlassene „Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels“ auch für deutsche Arbeitnehmer in der Landwirtschaft galt.⁷⁰

Hinsichtlich des Grades der rechtlichen Diskriminierung der zivilen Arbeiter im Reich lassen sich heute sechs Gruppen unterscheiden. Die Ungarn als Angehörige eines verbündeten Staates wie auch die Italiener (bis 1943), Kroaten, Rumänen, Slowaken und Spanier gehörten dabei zu der am besten gestellten Gruppe ausländischer Arbeitskräfte. Den gesetzlichen Vorgaben nach sollten sie dieselben Lebensmittelrationen wie Deutsche erhalten. Arbeitsrechtlich unterlagen sie im Großen und Ganzen denselben Richtlinien wie deutsche Arbeitnehmer. Auch konnten sie, im Gegensatz zu den meisten, vor allem osteuropäischen Arbeitern nach Beendigung ihres Vertrages ohne jede Behinderung in ihre Heimat zurückkehren. Die seit Oktober 1942 bestehende Möglichkeit zur Dienstverpflichtung von Ausländern, deren Vertrag abgelaufen war, galt für sie nicht. Dies deckt sich auch mit dem Bild, wie es sich aus den vorhandenen Unterlagen zu den Waldarbeitern aus den ehemaligen Landkreisen Donaueschingen und Villingen ergibt. Auch sie konnten nach Beendigung ihres Vertrages in ihre Heimat zurückkehren.

Damit endeten allerdings auch schon die Gemeinsamkeiten. Weitere Umstände tragen bereits die Züge eines Zwangsarbeitereinsatzes, wie er später bei anderen Nationen und im Verlauf des Krieges immer stärker zum Ausdruck kam.

Das Jahr 1942 als ein Wendepunkt in der deutschen Kriegswirtschaft hatte auch auf die Rekrutierung der Waldarbeiter einen wesentlichen Einfluss. Unter dem Generalbevollmächtigten für Arbeitseinsatz und thüringischen Gauleiter Fritz Sauckel sollte die Knappheit an Arbeitskräften im Rüstungsbereich und der Rüstung zuarbeitenden Zweigen durch massenhafte Beiziehung ausländischer Arbeitskräfte gelöst werden.

Die Ungarn sahen sich nach Ankunft von Anbeginn an insofern einem Zwang ausgesetzt, als sie einem kollektiven Arbeitsvertrag unterworfen waren, der eine individuelle Auflösung und gesonderte Heimfahrt nicht zuließ.⁷¹ Der zuvor geschilderte Fall Rostas illustriert dies in eindrücklicher Weise. Diese gruppenweise terminlich festgesetzte Beförderung in Sonderzügen verbindet die Ungarn mit den anderen Zwangsarbeitern.

Obwohl formaljuristisch in einem normalen Arbeitsverhältnis, blieb den Ungarn wie den anderen ausländischen Arbeitskräften der Rechtsweg im Arbeitsrecht verschlossen. Das Reichsarbeitsministerium hatte dazu lediglich mitgeteilt, dass Streitfälle, wenn überhaupt, auf dem Verwaltungswege entschieden würden.⁷² Aus diesem Grunde hatten sich die Ungarn zu Beginn ihres Arbeitseinsatzes wohl auch an die konsularische Vertretung ihres Landes gewandt, um Hilfe bei Beseitigung von Arbeitsbedingungen zu erhalten, die so vertraglich nicht vorgesehen bzw. vorhersehbar waren.

Auch was die betriebliche Disziplinierung anbelangte, so waren die Ungarn einem sehr viel höheren Gefährdungspotential durch den Repressionsapparat ausgesetzt als deutsche Arbeitnehmer. Die Forstbeamten in ihrer Hoheitsfunktion galten dabei wie auch die Werkschutzführer der Rüstungsbetriebe spätestens seit Oktober 1942 als verlängerter Arm der Gestapo. Sie hatten „Arbeitsbummelanten“ anzuzeigen, damit diese entsprechend bestraft werden konnten.

Auch bei den deutschen Arbeitnehmern reichte die Skala der Sanktionen zwar von einfachen innerbetrieblichen Maßnahmen bis zur Intervention durch die über das Arbeitsamt benachrichtigte Gestapo. Allerdings war dieser letzte Schritt und die Verbringung in ein AEL für den Großteil der Arbeitnehmerschaft eine eher hypothetische Maßnahme. Dies galt, wie der zuvor geschilderte Fall Rostas zeigt, für die Ungarn jedoch nicht. Er wurde von Forstwart Jäkle beim vorgesetzten Forstamt mit dem deutlichen Hinweis auf Weitergabe der Beschwerde an die Gestapo angezeigt.

Die erste Anwerbungsphase 1942 fiel zudem bereits in die ersten Monate nach Sauckels Ernennung im März 1942 zum GBA (Generalbevollmächtigten für Arbeit) und geriet so de facto in den von ihm bis zur Gewalt gesteigerten Rekrutierungsdruck vor allem in den Ostgebieten. So ging die vorgebliche Freiwilligkeit der Rekrutierung mit Umständen einher, die mit den Begriffen Erpressung und Druck, Erzeugung eines (zur Arbeitsaufnahme drängenden Umfeldes) wohl adäquat zu beschreiben ist. Dem Druck erlagen dabei vorwiegend unqualifizierte Arbeitskräfte, die sich in einer wirtschaftlichen Notlage befanden und denen eine Versendung in den Schwarzwald als Möglichkeit zur Verbesserung der Lage erschien.

Wenngleich die Anwerbung bei der offiziell befreundeten bzw. verbündeten ungarischen Regierung als eine freiwillige Werbung dargestellt wurde, so lässt sich aus den Umständen der Auswahl und Zusammenstellung der in den Schwarzwald entsandten Arbeitergruppen doch eine Resistenz und damit ein Hinweis auf eine auf die ungarische Regierung ausgeübte Pression herleiten. Verzögerungen in der Aufstellung und Entsendung des Kontingents entgegen den vertraglichen Vereinbarungen, werkzeugmäßig schlecht ausgestatte, schlecht gekleidete und gesund-

heitlich zur Arbeit nicht geeignete Personen in geringerer als der geforderten Zahl nicht aus Zentralungarn sondern aus wieder eingenommenen ehemals ungarischen Gebieten deuten auf eine unterschwellige Verweigerungshaltung, mit welcher man die Forderung nach Arbeitskräften zu unterlaufen suchte.

Als die Ungarn an ihren Arbeitsplätzen eintrafen, war zudem die Trennung der Kompetenzbereiche der mit dem Einsatz betrauten Behörden bereits in Aufweichung. Im Laufe der Monate kam es zu einer engen Zusammenarbeit von Arbeitseinsatzverwaltung, allgemeiner Verwaltung, Militärbehörden und Repressionsapparat. Auf der Ebene des Kreises kam dies vor allem beim Landratsamt Villingen zum Tragen. Es vertrat das Reichsinnenministerium und dessen Vorgaben, führte als Ausländer- und Polizeibehörde die Fremdarbeiterkartei und beherbergte in den Büros der Polizei die Außenstelle der Gestapo (Grenzpolizeikommissariat Singen). Mit seinem Wirtschafts- und Ernährungsamt nahm es zudem Einfluss auf die Lebensbedingungen über die Ausgabe von Bezugsscheinen für Kleidung und Lebensmittel.⁷³

Auch gingen ganz im Sinne der von Sauckel propagierten „Politisierung des Arbeitseinsatzes“ 1942 die Kompetenzen des Arbeitseinsatzes auf die NSDAP-Gauleiter über und 1943 wurden in einem weiteren Schritt die Landesarbeitsämter als Gauarbeitsämter zu Exekutivorganen der Partei umgebildet. Damit waren die Ungarn am Ende nicht nur stärker dem Repressionsapparat ausgesetzt, sondern vor allem auch einer über die Partei ungleich stärker eingebrachten rassistischen Ideologie. Diese Haltung manifestierte sich, wenn auch noch undeutlich, bei der Unterbringungsfrage. Man empfahl den Forstämtern eine Unterbringung in Privatquartieren zu vermeiden und Gemeinschaftsunterkünfte mit Kochgelegenheiten einzurichten, denn „die Lebenshaltung der Leute in ihrer Heimat ist sehr einfach. (...) Die Unterbringung in Baracken, Hütten oder Sälen usw. mit Schlafgelegenheiten auf Strohsäcken erscheint als das Zweckmäßigste.“⁷⁴ Hier schwang bereits die Einschätzung östlicher Völker als Arbeitskräfte auf niedriger Kulturstufe mit.

Dies entsprach im Übrigen den Konsequenzen, die man bereits im April 1941 aus einer zusammenfassenden Analyse des SD gezogen hatte. Solange Deutschland siegte, besaßen beim Arbeitseinsatz politische und ideologische Vorgaben das Übergewicht, Klagen und Unzufriedenheit konnte mit restriktiven Maßnahmen begegnet werden.⁷⁵ Dies scheint zumindest für die Anwerbungs- und Beschäftigungsphase 1942 gültig.

In der zweiten Einsatzphase 1943 allerdings traten ideologische Überlegungen in den Hintergrund. Jetzt fiel der Arbeitseinsatz bereits in eine Phase, in der sich aufgrund des Arbeitskräftemangels der immer stärker forcierte Einsatz ausländischer Kräfte aus pragmatischen Gründen gegen ideologische Bedenken durchgesetzt hatte. Beim Ungarneinsatz wird dies dadurch deutlich, als trotz manch negativer Beurteilungen der ersten Einsatzphase man sich zu einer weiteren Anwerbung entschloss, weil der im Wald spürbar werdende Personalmangel faktisch keine andere Wahl ließ.

Hinsichtlich der Charakterisierung von Zwangsarbeit ergibt sich bei Unterbringung und Verpflegung ein uneinheitliches Bild. Während der größte Teil in

Standardbaracken für Kriegsgefangene oder Hütten untergebracht war, fanden sich andere Ungarn in angemieteten Gebäuden oder bäuerlichen Anwesen, Waldarbeiterwohnhäusern und anfänglich auch in Sälen (Triberg) wieder, die einen etwas besseren Wohnstandard boten. Die Wohnsituation lässt sich jedoch auch durchaus mit derjenigen östlicher Zwangsarbeiter vergleichen, da die westlichen angeworbenen Arbeitskräfte ganz überwiegend ordentliche Privatunterkünfte (Villingen, Bad Dürrenheim, Königfeld etc.) gefunden hatten.

Am Übergang zwischen den Arbeitseinsätzen 1942 und 1943 begann zudem eine gemeinsame Unterbringung mit ukrainischen Zwangsarbeitern, die sich durchaus als eine Nivellierung des noch bestehenden Unterschieds zwischen „freiwillig“ angeworbenen Kräften des Ostens mit bereits zwangsweise zugewiesenen darstellt.

Auch bei der Bekleidung findet sich eine Gleichstellung mit den osteuropäischen landwirtschaftlichen Zwangsarbeitern. Wie diese erhalten die Ungarn leihweise gebrauchte Kleidung der untersten Gütestufe III und zunächst auch die für Waldarbeiten völlig unzureichenden Holzschuhe (Einfachstschuhwerk).

Auch scheinen bereits für die Ungarn zwanghaft übersteigerte Arbeitsnormen wie für Zwangsarbeiter gegolten zu haben. Der in den Rückblicken des beaufsichtigenden Forstpersonals erwähnte Eigensinn am Einsatzort wie die Versuche, bei Abwesenheit von Vorgesetzten (Förstern) Arbeitspausen zu häufen, waren augenscheinlich Bestrebungen zu einer situationsangepassten Arbeitsökonomie, wie sie auch aus anderen landwirtschaftlichen Bereichen beschrieben wird.⁷⁶

In Fragen der Verpflegung ergeben sich allerdings keine Anzeichen, dass die Ungarn hier auf das schlechte Ernährungsniveau der später in den Wald gekommenen Zwangsarbeiter gesetzt worden seien. Von den anfangs bedingten Schwierigkeiten durch unbekanntes Nahrungsmittel und Speisenzubereitung abgesehen, waren das Essen in den durch Köchinnen betreuten Gemeinschaftsküchen, auf den Höfen oder auch auf den Waldarbeitsstellen hinreichend.⁷⁷ Die Erlaubnis zum Empfang heimatlicher Nahrungs- und Genussmittel scheint deshalb nicht unbedingt ein notwendiger Ernährungszusatz wegen Ernährungsmangel, sondern eher der Versuch des Erhalts der Arbeitsmoral durch Erhalt heimatlicher, vertrauter Nahrungsmittel. Die Einsicht, dass für die äußerst anstrengende Holzhauerei im Gebirge entsprechende Kost Voraussetzung war, hat insgesamt bessere Rationen als im industriellen Sektor zur Folge gehabt. Eine Rolle mag auch der Kontakt mit Personen aus der Landwirtschaft (deutsche Holzhauer, Köchinnen, Bauern etc.) und eine dort besser zu bewerkstellende hinreichende Verpflegung gespielt haben.

Am Ende lässt sich die Frage, ob die ungarischen Waldarbeiter zu den Zwangsarbeitern zu zählen seien, nicht eindeutig beantworten. Dies ist je nach den ins Auge gefassten Lebens- und Arbeitsbedingungen einmal mehr oder weniger der Fall.

Bei den vertraglichen und realen Gegebenheiten des Arbeitseinsatzes ist eine Annäherung an den Zwangsarbeiterstatus unübersehbar. Kollektivverträge ohne die Möglichkeit individueller Auflösung oder Hin- und Rückreise, die schärfere Überwachung und Sanktionierung im Vergleich zu einheimischen Forstarbeitern oder auch eine Zuweisung von Kleidung und Schuhwerk und die regierungsseitig empfohlene Unterbringungsart sind hier unübersehbare Elemente.

Andererseits gab es jedoch keine Bewachung oder umzäunte Lager, wie sie für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene vorgeschrieben waren. Auch lässt sich die Ernährungssituation eher mit derjenigen deutscher Arbeitnehmer denn östlicher Zwangsarbeiter vergleichen. Von der bei Ankunft festgestellten Unterernährung war am Ende keine Rede mehr und die für die harte Arbeit notwendige Kalorienzufuhr war am Ende doch gesichert. Dies galt für die Nachrückenden nicht. Die von der O.T. ins Lager Hammereisenbach im Sommer 1944 verpflichteten und von Fürstenberg eingesetzten Zwangsarbeiter wiesen solch gravierende Ernährungsmängel auf, dass die F.F. Forstadministration das Bürgermeisteramt Unterbaldingen um die Lieferung von „Futtererbsen“ bitten musste.

Wie die Zwangsarbeiter auch blieben die Ungarn weitgehend von der deutschen Wohnbevölkerung isoliert. An menschenleeren Arbeitsplätzen im Wald eingesetzt, gruppenweise auftretend und in Gruppen unterkommend, durch mangelnde Sprachkenntnisse und allein durch ihr Aussehen als Ausländer gekennzeichnet, reduzierte sich ihr Kontakt mit Einheimischen auf das Aufsichtspersonal, einzelne Arbeitgeber und die Köchinnen. Dadurch umgab sie eine Mauer des Schweigens, des Nichtwissenwollens und schließlich nahezu des Vergessens.

Wo man sich ihrer außerhalb des Forstes erinnert, geschieht dies unter dem Eindruck ihres fremdartigen Aussehens und ohne Wissen um deren Aufgabe wie dem institutionellen oder politischen Rahmen. Dies jedenfalls vermittelt der Rückblick eines Hammereisenbacher Einwohners, der als kleiner Knabe bei seinen Streifzügen durch den Wald sich eines Tages unvermittelt einer Gruppe von mit Pluderhosen bekleideten schnurrbärtigen Fremden gegenüber sah. Da man sich gegenseitig nicht verstand, grüßte man freundlich und jeder zog seines Weges.⁷⁸ Auch die die im Zähringerhäusle in Langenbach Untergekommenen mittels „Henkelmann“ verpflegende Försterstochter empfand die Fremden als so furchtflößend, dass sie sich weigerte, weiterhin dorthin zu gehen und die Arbeiter schließlich ihr Essen selbst in der Küche des Hauses Herr holen mussten.⁷⁹

So stehen die ungarischen Waldarbeiter am Ende in einer Grauzone mit gleitendem Übergang zur Zwangsarbeit. Sie finden sich in dem mit dem der Rassenideologie in Einklang zu bringenden „vielfach gestaffelten System der nationalen Hierarchisierung“⁸⁰, das ihnen nach den Westeuropäern wie beispielsweise den französischen S.T.O. (Service du Travail Obligatoire) einen Platz noch vor den Polen und den am Ende der Stufenleiter stehenden Russen zuwies.

Was aber dennoch bleibt und was aus einzelnen Spuren zu lesen ist, lässt die wahre Dimension einer Arbeitswelt im Nationalsozialismus aufscheinen, bei denen die aus den Karpaten gekommenen, überwiegend zur Volksgruppe der Ungarn gehörenden Waldarbeiter zu einer relativ kleinen, bis heute nicht wahrgenommenen Kategorie zählen, die in der Masse der (wirklichen) Zwangsarbeiter fast unsichtbar geblieben ist.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Joachim Sturm
Steigstr.32
78078 Niedereschach
j.sturm@lrasbk.de

Quellen

- Buchenberg:
Gemeindearchiv, Best.I, Gemeinderechnung
1943, Ausgaben, Beilage 136
- Donaueschingen:
F. F. Archiv
F. F. Forstadministration, Kammer,
Generalia/Holzhauerei, VII,2 (1939–1948),
Mangel an Waldarbeitern, abgek. FFAm1
F. F. Forstadministration, Kammer,
Generalia/Holzhauerei, VIII,2 (1939–1948),
abgek. FFAm2
F. F. Forstamt Donaueschingen, Holzhauerei
IV/1, (1935–1944), abgek. FFDS
- Furtwangen:
Stadtarchiv
Meldebuch Schönenbach
- Karlsruhe:
Generallandesarchiv
Abt.237/28822
- Neukirch (Furtwangen):
Archiv Forsthaus Neukirch (Hexenloch)
Akten Förster Wilhelm Rombach (1906–1979),
zugleich Kreisarchiv SBK, Best. A 221,
abgek. HEX
- Riedöschingen
Gemeindearchiv, Best. I, Nr.403
- Triberg
Kreisforstamt Betriebsstelle Triberg
Altregistratur Staatl. Forstamt Triberg
B. Domänen XVI. Arbeitsbetrieb und
Lohnverhältnisse. Einsatz ungarischer
Waldarbeiter 1942–1944, abgek. StFaTri

Vöhrenbach

Stadtarchiv

Protokoll Zeitzeugengespräch des Stadtarchivars
G. C. Jerg am 2.9.2010 mit Frau B. und
Herrn W. (Kopie im Kreisarchiv
Schwarzwald-Baar-Kreis); StA Vöhrenbach,
Best. III/3, Nrr.164,165

Literatur

- BARWIG, KLAUS; DIETER R. BAUER, KARL JOSEPH
HUMMEL (Hrsg.) 2001: Zwangsarbeit in der
Kirche (Hohenheimer Protokolle 56),
Stuttgart.
- DURUCZ, PETER 2006: Ungarn in der auswärtigen
Politik des Dritten Reiches 1942–1945,
Göttingen.
- HERBERT, ULRICH 1995: Arbeit, Volkstum,
Weltanschauung, Frankfurt
- HERBERT, ULRICH 1999,11985: Fremdarbeiter.
Politik und Praxis des „Ausländer-
Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des
Deutschen Reiches, Bonn.
- HORNUNG,ELA; LANGTHALER, ERNST;
SCHWEITZER, SABINE 2005: Zwangsarbeit in
der Landwirtschaft, in: Das Deutsche Reich
und der Zweite Weltkrieg, Band 9,
2. Halbband, München, S.581–666.
- JAMES, HAROLD 2003: Die Deutsche Bank im
Dritten Reich, München.
- LANG, PETER THADDÄUS: Von Abritzkaja bis
Zwojenko, Einwohnermeldekarten als
Quelle zur Geschichte ausländischer
Arbeitskräfte in Ebingen, 1939–1945, in:
Zeitschrift für württembergische Landes-
geschichte Bd.62 (2003), S. 393–408.
- PHLEPS, HERMANN 1934: Ost- und westgermani-
sche Baukultur unter besonderer Würdigung
der ländlichen Baukunst Siebenbürgens:
Berlin.
- SELLIER, ANDRÉ 2010, 1. Auflage 1998):
Histoire du camp de Dora, Paris.
- SPOERER, MARK 2001: Zwangsarbeit unter dem
Hakenkreuz, Deutsche Verlags-Anstalt,
Stuttgart.
- SPOERER, MARK 2001: Zwangsarbeit im Dritten
Reich und Entschädigung: ein Überblick.
–In: Zwangsarbeit in der Kirche:
Entschädigung. Versöhnung und historische
Aufarbeitung Hohenheimer Protokolle 56),
Stuttgart, S.15–46.

SPOERER, MARK 2005: Die soziale Differenzierung der ausländischen Zivilarbeiter. – In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 9, 2. Halbband, München, S.485–576.

STOLLE, MICHAEL 2001: Die Geheime Staatspolizei in Baden: Personal, Organisation, Wirkung und Nachwirken einer regionalen Verfolgungsbehörde im Dritten Reich, Konstanz.

Anmerkungen

- 1 Ohne Nennung von Land und Ort; dazu SPOERER 2005, S. 491.
- 2 Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich 1938–1944, hrsg. vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Berlin, 1944; auch SPOERER 2001, S. 84.
- 3 Gemeindearchiv Riedöschingen, Best. I, Nr.403 (betr. Fam. Schneide(r?)).
- 4 Rundschreiben der Forstabteilung des badischen Wirtschaftsministeriums (WM) Nr.7043 vom 22.7.1942, in: Kreisforstamt Betriebsstelle Triberg, Altregistratur Staatl. Forstamt Triberg, B. Domänen XVI. Arbeitsbetrieb und Lohnverhältnisse. Einsatz ungarischer Waldarbeiter 1942–1944, künftig *StFaTri*.
- 5 Cf. Datenbank der ungarischen Holzhauer im Kreisarchiv Schwarzwald-Baar-Kreis. Darunter möglicherweise ukrainische Namen.
- 6 Zeitzeugengespräch des Vöhrenbacher Stadtarchivars am 2.9.2010 mit Frau B. und Herrn W.
- 7 GLA Karlsruhe, 237/28822, Bedarfserhebung vom 24.07.1940.
- 8 Runderlass Erl. Nr.5808 des WM vom 13.06.1942 und Rundschreiben der Forstabteilung des badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium vom 3.7.1942, Nr. 6366, in: *StFaTri*
- 9 Lang 2003, S. 393; sie wurden von Polen abgelöst.
- 10 F. F. Archiv Donaueschingen (DS), Best. F.F. Forstadministration, Kammer, Generalia/Holzhauerei, VIII,2 (1939–1948), künftig *FFAdmi2*.
- 11 Auf Hinweis des Wirtschaftsministeriums/Forstabteilung (RuSchr.5656 vom 3.6.1942) sollten nun anstelle der nicht zuweisbaren geforderten russischen Kriegsgefangenen ungarische Waldarbeiter angefragt werden; cf. F.F. Archiv, *FFAdmi2*.
- 12 RuSchr. des württembergischen Forst- und Holzwirtschaftsamtes vom 9.6.1942, cf. F.F. Archiv, *FFAdmi2*.
- 13 Cf. Stadtarchiv Furtwangen, Meldebuch Schönenbach mit sieben Ungarn. Ungeklärt dort auch der Eintrag von Ungarn bereits im Mai 1942, möglicherweise eine Überstellung aus anderen Landesteilen.
- 14 Archiv Forsthaus Neukirch (Hexenloch), Akten Förster Wilhelm Rombach 1942, zugl. Kreisarchiv SBK, Best. A 221, künftig *HEX*.
- 15 Dabei blieb es denn auch, da die gleiche Stärkemeldung noch einmal für Ende November 1942 erging: F.F. Archiv, F.F. Forstadministration, Kammer, Generalia/Holzhauerei, VII,2 (1939–1948), Mangel an Waldarbeitern, künftig *FFAdmi1*.
- 16 Der in den städtischen Vöhrenbacher Akten zu findende Vermerk über einen Einzug der Ungarn in das Lager Kalte Herberge am 1. August scheint demnach auf dem ursprünglich vorgemerkten Datum, jedoch nicht auf der realen, selbst festgestellten Ankunft zu beruhen; cf. Stadtarchiv Vöhrenbach, Best. III/3 Nr.165.
- 17 Ursprünglich war das Ende auf 31.12.1942 terminiert, wohl ohne die Witterung im hohen Schwarzwald zu bedenken, cf. Rundschreiben WM/Forst Nr.8892 vom 30.09.1942, In: *StFaTri*
- 18 F.F. Archiv, *FFAdmi1*: darunter zehn Holzhauer aus dem Bereich des FF-Forstamtes Donaueschingen, die wohl dorthin umgesetzt worden waren.
- 19 F.F. Archiv, *FFAdmi1*: Am 30.11.42 werden vom Fürstenbergischen Forstamt Hammer-eisenbach noch zwei Ungarn als dort tätig vermerkt.
- 20 F.F. Archiv, *FFAdmi1*: Vereinbarung des Staatl. Forstamtes Furtwangen mit dem FF-Forstamt Hammereisenbach 1.12.1942 über die Überlassung von 17 „Ukrainern“ aus dem Lager Kalte Herberge bis März 1943. Acht wurden im Bereich Hammereisenbach eingesetzt, fünf im F.F. Forstamtsbezirk Bachzimmern (Blumberg?) und vier im F.F. Forstamtsbezirk Friedenweiler.
- 21 *StFaTri*, B Domänen, XVI Arbeitsbetrieb 1942–1944.
- 22 F.F. Archiv, *FFAdmi1*.

- 23 *StFaTri*: Reichsforstmeister an WM vom 18.3.43, Rundschreiben als Abschrift Nr. 2214 vom 27.3.43.
- 24 Gemeindearchiv Buchenberg, Gemeinderechnung 1943, Beilage 136.
- 25 Ihre Namen konnten bisher nicht ermittelt werden.
- 26 Die Einsatzstellen weiterer Holzhauer, etwa zehn Personen, lassen sich nicht ermitteln.
- 27 F.F. Archiv, *FFAdmi1*: Schreiben der Forstabteilung des badischen FM vom 24.7.1943.
- 28 Die Einzelheiten lassen sich hier nicht mehr rekonstruieren.
- 29 DURUCZ 2006: S. 65–73.
- 30 *StFaTri*: Abrechnung des Forstamtes Triberg vom 1.11.1943.
- 31 *FFAdmi1*: So arbeiteten bereits am 3.1.44 im Bereich des F.F.-Forstamtes Hammereisenbach 13 Polen und 33 Ostarbeiter.
- 32 Die Volksküche in Triberg war im Untergeschoss des Kindergartens – heute Altenheim – in der Schulstraße untergebracht.
- 33 F.F. Archiv, *FFAdmi2*: Bericht vom 31.8.1942.
- 34 Stadtarchiv Vöhrenbach, Best. III/3, Nr.165.
- 35 Zeitzeugengespräch 2.9.2010 des Vöhrenbacher Stadtarchivars mit Frau B. und Herrn W.
- 36 *StFaTri*: Meldung von Forstwart Jäkle, Nussbach, am 19.11.42.
- 37 F.F. Archiv, *FFAdmi2*: Schreiben des FF-Forstamtes Wolfach am 31.7.42 bezüglich der vorübergehenden Übernahme und geplanten Unterbringung von 20 Ungarn.
- 38 Das Gebäude war ursprünglich vom Eigentümer der Firma Peter-Uhren zu einem Wochenendhaus umgebaut worden.
- 39 Stadtarchiv Furtwangen, Meldebuch Schönenbach 1942–1943.
- 40 Telefonische Auskunft von Herrn A. Vetter gegenüber dem Kreisarchivar, 30.07.2003; Genaueres konnte nicht festgestellt werden, die namentlich nicht erfasste Person könnte sowohl eine Ausleihe vom F.F. Forstamt Bachzimmern wie ein Donauschwabe gewesen sein.
- 41 F.F. Archiv, *FFAdmi2*: Schriftwechsel bezüglich der möglichen Unterbringung zweier slowenischer Familien des Umsiedlerlagers Hegne, 3.8.1942.
- 42 F.F. Archiv, *FFAdmi2*: möglicherweise eine Standardbaracke RLM 501/34, zu den Typen, Ausstattung und Belegung auch SPOERER 2005, S. 518.
- 43 *StFaTri*: Abschrift des WM vom 9.2.43, Rundschreiben Nr. 952.
- 44 Den Hinweis auf dieses Haus verdanke ich dem Bauforscher und Architekten Dr. Stefan Blum, St. Peter, der damit indirekt Anstoß für diesen Beitrag gegeben hat. Zu den Schlittenhäusern Hermann Phleps 1934.
- 45 Das Lager befand sich auf dem zum Rheintal hin orientierten Abhang hinter dem Gasthaus Kalte Herberge. Heute befindet sich dort ein nach dem Kriege angepflanzter dichter Tannenwald.
- 46 Angabe des ehemaligen Lagerbewohners Iwan Viktorowitsch Andreitschuk 27.03.2003, KrA SBK, 044.351 / Akte Andreitschuk. Nach dem Fortgang der Ungarn 1943 kam eine geringe Anzahl Bulgaren und eine größere Zahl russischer Kriegsgefangener (aus dem Stalag V B Villingen?).
- 47 Stadtarchiv Vöhrenbach, Best. III/3, Nrr.164, 165.
- 48 Die Verbindungen zwischen den Arbeitsamtsbereichen Villingen und Salzwedel 1942–1944 sind bis heute weder bekannt noch erforscht.
- 49 *StFaTri*: Meldung Forstwart Jäkle, Nussbach, vom 19.11.1942.
- 50 Stadtarchiv Vöhrenbach: Angaben Frau B. im Zeitzeugengespräch mit dem Stadtarchivar am 2.9.2010.
- 51 F.F. Archiv, *FFAdmi2*.
- 52 Dazu JAMES 2003.
- 53 *StFaTri*: Hinweis Forstwart Jäkle, Nussbach, am 19.11.1942.
- 54 *StFaTri*: Rundschreiben der Forstabt. des WM Nr.7043 vom 22.07.1942.
- 55 *StFaTri*: Rundschreiben des FM Nr. 9994 vom 12.11.1942 u. Merkblatt des Arbeitsamtes vom Nov. 42 (Rückbeförderung landwirtschaftlicher Arbeiter/ V a 5770).
- 56 Dies betraf u.a. die Aushändigung von Arbeitsbüchern nach Abgabe von drei Passfotos sowie die Überwachung der Anmeldung zur Kranken- und Invalidenversicherung. Alle waren auch zur Unfallversicherung zu melden.
- 57 So im Forstamtsbezirk Triberg, cf. *StFaTri*.
- 58 *HEX*: Lt. Dienstplan erstreckte sich die Arbeitszeit der im Mühlelochhof beim Hexenloch (Neukirch) untergebrachten Ungarn von 7 Uhr morgens bis 18 Uhr abends, ohne dass eine Pause vermerkt wäre.
- 59 *StFaTri*: Rundschreiben des WM/Forst

- Nr.8670 vom 29.09.1942
- 60 F.F. Archiv, *FFAdmi2*: Bericht des Forstamtes Hammereisenbach vom 31.8.42.
- 61 *StFaTri*: Unfall des von der Stadt Triberg beschäftigten Michaly Boksa aus Bikszad am 27.10.1942; Aufstellung von Förster Wunsch, 11.11.1942.
- 62 Freundl. Auskunft von Dr. Ludger Beckmann, Stadtarchiv Furtwangen, am 29.07.2010.
- 63 F.F. Archiv, *FFAdmi2*: Einsatzbericht vom 31.08.1942.
- 64 *StFaTri*.
- 65 STOLLE 2001, S. 244f.
- 66 HEX: Schreiben 1.9.1942, Forstamt Furtwangen an Förster Rombach.
- 67 *StFaTri*: Rundschreiben der Forstabt. des WM Nr.8670 vom 29.09.1942.
- 68 *HEX*: Schreiben vom 14.09.1942.
- 69 *StFaTri*: Dies ergibt sich aus der vollständig für den Sonderzug am 8.12.1943 ab Ulm gemeldeten und mit Reisekosten abgerechneten Zahl von neun Rückkehrern sowie der Abmeldung von R. beim BM Triberg am 7.12.1943.
- 70 HORNING u.a. 2005, S. 581.
- 71 Die zuvor geschilderte anscheinende frühe Heimsendung zweier Personen widerspricht dem nicht. Hier ging es um das Loswerden von behandlungsbedürftigen, unnützen Essern ohne Chance auf Wiederherstellung der Arbeitsleistung.
- 72 SPOERER 2005, S. 551.
- 73 "Der Unrechtscharakter dieses Programmes war für die Zeitgenossen offensichtlich, wie schon die massenhafte Vernichtung von Dokumenten des Arbeitseinsatzes bei Behörden und Unternehmen unmittelbar vor dem Herannahen alliierter Truppen zeigt", cf. SPOERER 2001, Zwangsarbeit in der Kirche, S. 35. Dies gilt auch für das Gebiet des heutigen Schwarzwald-Baar-Kreises. Die versuchte Ausdünnung und Vernichtung von Unterlagen über 1945 hinaus und teilweise wohl bis in 1960er Jahre hinein hat wohl auch hier ihren Grund.
- 74 *StFaTri*: Rundschreiben der Forstabt. des WM Nr.7043 vom 22.07.1942.
- 75 HERBERT 1999, S. 127.
- 76 HORNING u.a. 2005, S. 599.
- 77 So erregte z.B. die Schwebelobelbäuerin Häringer in Neukirch das Missfallen der Forstbehörde, weil sie [zehn ?] Ungarn innerhalb von 14 Tagen einen halben Zentner Kartoffeln – rund 180 gr. Kartoffeln pro Tag verabreicht hatte; cf. Schreiben vom 1.9.1942 Forstamt Furtwangen an Förster Rombach im Hexenloch, in: *HEX*.
- 78 Angaben von Herrn H. gegenüber dem Hammereisenbacher Förster 2006.
- 79 Stadtarchiv Vöhrenbach: Frau B. im Zeitzeugengespräch gegenüber dem Stadtarchivar am 2.9.2010.
- 80 HERBERT 1995, S. 124.